



LANDTAGSFRAKTION



VCI

HESSEN

GEMEINSAM FÜR EINE
INNOVATIVE ZUKUNFT

www.spd-fraktion-hessen.de

www.vci.de/hessen

VORWORT

Hessen ist ein erfolgreiches Industrieland. Die chemisch-pharmazeutische Industrie stellt nicht nur den umsatz- und exportstärksten Wirtschaftszweig dar, sondern ist auch der größte industrielle Arbeitgeber. Sie gilt als Garant für nachhaltige Wertschöpfung und Beschäftigung in weiteren Branchen unter Einbeziehung des Dienstleistungssektors.

Eine zukunftsorientierte und innovative Industriepolitik sollte deshalb zum Ziel haben, diese Stärken zu sichern und auszubauen. Um dieses Ziel in der Praxis umzusetzen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Der Landesverband Hessen des Verbands der Chemischen Industrie e. V. (VCI Hessen) sowie die hessische SPD-Landtagsfraktion stehen dazu in einem konstruktiven Dialog. Nach dem Praxistag im Jahr 2014, an dem die SPD-Landtagsfraktion Chemie- und Pharmaunternehmen in ganz Hessen besuchte, befasste sich ein gemeinsamer Arbeitskreis mit den Rahmenbedingungen, die zur Förderung von Innovationen erforderlich sind.

Trotz der in Einzelfragen bestehenden unterschiedlichen Auffassungen ist es im beigefügten Positionspapier „Gemeinsam für eine innovative Zukunft“ gelungen, wichtige Handlungsfelder und Ziele zu benennen. Dem entsprechend sollte die Gestaltung einer innovativen Industriepolitik insbesondere die Bereiche Wertschöpfung, Beschäftigung und die Bereitstellung eines leistungsfähigen Angebots an Risikokapital in den Fokus nehmen.

Das nun vorliegende Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion in Hessen und des VCI Hessen „Gemeinsam für eine innovative Zukunft“ ist das Produkt dieser konstruktiven Zusammenarbeit.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre.



Tobias Eckert, MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion Hessen



Gregor Disson

Geschäftsführer
Verband der Chemischen Industrie e. V.
Landesverband Hessen

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	S. 2
Inhaltsverzeichnis	S. 3
Vorbemerkung	S. 4
Wettbewerbsfähigkeit:	
Wettbewerbsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie stärken	S. 4
Wettbewerbsvorteile durch nachhaltige Infrastrukturpolitik	S. 5
Wettbewerbsvorteile durch Fachkräftesicherung, Qualitätsführerschaft und Forschung	S. 6
Wettbewerbsvorteile durch Handelspolitik und bezahlbare Energieversorgung	S. 6
Wettbewerbsvorteile durch starken Standort der Gesundheitsindustrie	S. 7
Exkurs:	
Hessen als Standort einer neuen Gründerzeit in acht Punkten	S. 8
Bildung :	
Rahmenbedingungen für Bildung verbessern	S.9
Innovationsfreundliche Wissenschaftspolitik	S.9
Kommunikation:	
Kommunikation vertrauensvoll gestalten	S.10
Handlungsempfehlungen	S.12
Für eine Kultur des Vertrauens	S.12
Strategische Koordination der Einführung neuer Technologien	S.12
Quellenverzeichnis und Onlinequellen	S.14
Impressum	S.15

GEMEINSAM FÜR EINE INNOVATIVE ZUKUNFT

Vorbemerkung

Mit rund 60.000 Beschäftigten und 27 Milliarden Euro Umsatz ist die chemisch-pharmazeutische Industrie der umsatz- und exportstärkste Wirtschaftszweig Hessens.¹ Die Branche fungiert damit auch als größter industrieller Arbeitgeber.² Hessen ist im Vergleich der Bundesländer drittgrößter Chemiestandort nach Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Als Pharmastandort führt Hessen die Liste der Bundesländer klar an.³ Der Auslandsumsatz der Branche in Hessen beträgt anteilig am Gesamtumsatz 66,8 %.⁴

Gerade für die sehr stark im Wettbewerb stehende chemisch-pharmazeutische Industrie sind innovative Produkte und Prozesse (Steigerung der Ertragskraft) ein wichtiger Mehrwert in der Wettbewerbsfähigkeit.

Als zentrale Säulen der Innovationsförderung werden in diesem Papier die folgenden drei Bereiche verstanden:

1. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
2. Rahmenbedingungen für Bildung verbessern
3. Kommunikation vertrauensvoll gestalten

Wettbewerbsfähigkeit der chemisch-pharmazeutischen Industrie stärken

Deutschland ist ein Industrieland, in dem die chemisch-pharmazeutische Industrie durch ihre Bedeutung und Schnittstellen zu anderen Branchen eine wichtige Rolle spielt.⁵ Deutschland zählt zu den TOP-3-Chemienationen im internationalen Vergleich.

Doch durch die zunehmende internationale Konkurrenz muss die Wettbewerbsfähigkeit durch wirtschaftspolitische Weichenstellung langfristig sichergestellt werden. Durch eine Stabilisierung der Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Industriezweigs wird zu einer nachhaltigen Wirtschaft beigetragen und langfristig der Wohlstand in Deutschland gesichert.

Wir setzen uns dafür ein, dass Zulassungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Dazu ist eine effiziente Abwicklung dieser Verfahren notwendig. Die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie leisten einen großen Beitrag für Wohlstand und Beschäftigung am Standort Deutschland. Die Beschäftigung in der Branche befindet sich nach wie vor auf einem hohen Niveau. Auch in Zukunft sind die Unternehmen der Branche bestrebt, ein Garant für die Schaffung und Sicherung gut bezahlter Arbeitsplätze zu sein.

1 Hessisches Statistisches Landesamt.

2 Bauer, Claus; Petkova, Gergana (2016): Branchenprofil Chemische und Pharmazeutische Industrie in Hessen, Hrsg. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, S. 1, online unter: https://www.invest-in-hessen.de/mm/Chemie_Pharma_Industrie_904.pdf (letzter Abruf: 12.08.2016).

3 VCI-Homepage: <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/chemiewirtschaft-in-zahlen-print.pdf> (letzter Abruf: 12.08.2016).

4 Statistisches Bundesamt; VCI.

5 Deutschland ist unter den hoch entwickelten Ländern das Land mit dem höchsten Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung [Quelle: OECD, National accounts at a glance (2014), online unter: <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=NAAG> (letzter Abruf: 12.09.2016)].

Deshalb sind strukturelle Vereinfachungen der Genehmigungsverfahren insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) in der stark mittelständisch geprägten chemischen Industrie notwendig. Hierfür muss in stetigem Dialog mit den Unternehmen der Branche und Gewerkschaften definiert werden, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen in Hessen wie verändert werden müssen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Die Vereinfachung bestehender Regulationen soll im Abgleich mit dem Interesse der Öffentlichkeit an Sicherheit und Aufrechterhaltung von Umweltstandards erfolgen.

Dabei muss sichergestellt werden, dass die erforderlichen Prozesse in den Genehmigungsverfahren den Anforderungen der Unternehmen der Branche entsprechen und dabei gleichzeitig kein Ausschlusskriterium für KMU darstellen. Gleichfalls könnten administrative und technische Voraussetzungen durch Netzwerklösungen unterstützt werden, wobei – wo möglich und sinnvoll – die hessischen Hochschulen einbezogen werden können.

Wettbewerbsvorteile durch nachhaltige Infrastrukturpolitik

Die chemische Industrie in Deutschland hat Vorteile im globalen Wettbewerb, die es zu erkennen, zu stärken und auszubauen gilt. Wesentliche Vorteile sind das dichte Verkehrsnetz sowie – mit Blick auf diese transportintensive Branche – die zentrale Lage Deutschlands in Europa. Insbesondere die Industrieverbundstruktur der Chemie ist zu sichern und die Attraktivität der Chemieparcs weiter zu steigern. Dies gilt im Bereich der Planungsvereinfachung und der Flächennutzung.

Damit die zentrale Lage Deutschlands in Europa ein wichtiger Standortvorteil bleibt, ist für die entsprechende Logistik eine bedarfsgerechte und intakte Verkehrsinfrastruktur entscheidend. Dementsprechend sollte mit dem Bundesverkehrswegeplan für Hessen eine zukunftsfähige Infrastrukturplanung unter Einbeziehung aller Verkehrsträger gesichert werden, deren Umsetzung auch in der kommenden Legislaturperiode sichergestellt ist. Die schnellere Planung, Genehmigung und Umsetzung von Baumaßnahmen sowie die Förderung vernetzter Telematiksysteme sind anzustreben. In Hessen sollte z. B. der Schienenverkehr Rhein-Main-Neckar zügig vorangetrieben werden. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass bereitstehende Gelder des Bundes auch in Hessen verbaut werden. Hierfür müssen ausreichend Ressourcen bereitgehalten werden, um die erforderlichen Planungsaufgaben erledigen zu können.

Wettbewerbsvorteile durch Fachkräftesicherung, Qualitätsführerschaft und Forschung

Als innovative und wettbewerbsfähige Industrie benötigt die Branche qualifizierte Arbeitskräfte. Einem Fachkräftemangel als künftiges Hemmnis der Wettbewerbsfähigkeit gilt es, bereits heute vorzubeugen. Wichtig ist hierbei, die Förderung der Bildung und Ausbildung in naturwissenschaftlich-technischen Belangen zu stärken. Dabei sind die Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die chemisch-pharmazeutische Industrie engagiert sich, um diese Herausforderung produktiv zu bewältigen. Darüber hinaus wird angestrebt, Kooperationsprojekte der Chemieverbände mit schulischen und außerschulischen Partnern kontinuierlich auszubauen. Der Landesverband Hessen im Verband der Chemischen Industrie setzte 2016 z. B. mit rund 100.000 Euro zusätzlich in der Bildungsarbeit in Hessen einen bewussten Akzent. Die Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiter sichert die Entscheidung für den Standort Deutschland seitens der Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie ab.

Durch ein technologiefreundliches Umfeld gibt es konkrete Möglichkeiten, Wertschöpfung in Deutschland zu behalten und zu erweitern. Gleichzeitig wirkt sich eine hohe Forschungsintensität positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Bedarf an Mitarbeitern in den Unternehmen aus. Die bestehenden Forschungsunterstützungen (auch die Projektförderung des Bundes) sind zu vereinfachen, da insbesondere KMU vor dem Aufwand bei der Beantragung zurückschrecken. Gelingt es, die 90 % mittelständischen Chemieunternehmen⁶ hierbei zu unterstützen, so bleibt deren Rolle als „Hidden Champion“ erhalten. Wichtig bei der Forschungsunterstützung ist auch die Standorttreue der Empfänger.

Die Politik kann durch gezielte Landesprogramme der Verbundforschung, Netzwerkförderung und z. B. durch Innovationsberatungsstellen für den Mittelstand, aber auch durch eine steuerliche Forschungsförderung die Forschungsintensität der deutschen Chemie (insbesondere im Mittelstand und bei Start-ups) unterstützen und so zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche beitragen. Mit der hohen Wertschöpfung einher geht ein geringer Subventionsbedarf (in Relation zum erzielten Mehrwert). Im Bereich der Forschungsförderung müssen primär die technischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dies bezieht sich insbesondere auf das Zusammenführen der entsprechenden Akteure und die Einrichtung einer geeigneten Plattform. Darüber hinaus ist eine Anschubunterstützung von Forschungsvorhaben wesentlich.

Wettbewerbsvorteile durch Handelspolitik und bezahlbare Energieversorgung

Handelsabkommen sind ein wichtiges Instrument der Außenwirtschaftspolitik. Durch Handelsabkommen können hessischen Unternehmen neue Märkte erschlossen und auch die Zulieferung von Produkten für Unternehmen und Verbraucher erleichtert werden. Diese Abkommen müssen gleichzeitig so gestaltet sein, dass weder der Bestand noch die Weiterentwicklung sozialer Standards sowie von Standards im Umgang mit gefährlichen Stoffen gefährdet werden können. Investitionen sollten nicht durch Senkung der Sozial- und Umweltstandards angezogen werden. Wie bei Verträgen üblich, müssen auch Handelsverträge mit demokratietauglichen Kündigungsfristen versehen und für souveräne Staaten kündbar sein.

6 VCI-Homepage: <https://www.vci.de/die-branche/mittelstand/listenseite.jsp> (letzter Abruf: 12.08.2016); Statistisches Bundesamt.

Die Energiewende hat eine bedeutende innovative industriepolitische Dimension. Die meisten Anlagen zur Umwandlung erneuerbarer Energien sind ohne Zulieferung aus der chemischen Industrie nicht erstellbar. Mit dem Bau von Anlagen zur Umwandlung von erneuerbaren Energien haben sich der deutsche und hessische Maschinenbau und auch die chemische Industrie neue Märkte erschlossen. Neue Arbeitsplätze sind dadurch entstanden; bestehende wurden dadurch abgesichert.⁷ Dies wird sich hoffentlich bei den Innovationen im Rahmen der Entwicklung des Speichermarktes, insbesondere bei der chemischen Speicherung von Strom fortsetzen. Zur Entlastung der im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen wurde von Beginn an im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die „besondere Ausgleichsregelung“ verankert. Diese muss nun dergestalt weiterentwickelt werden, dass es nicht mehr zu wettbewerbsverzerrenden Alles-oder-nichts-Effekten kommt. Insgesamt brauchen wir im Rahmen der Energiewende eine bezahlbare und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Energieversorgung für die Branche.

Eigenstromerzeugung dient vielen, gerade auch mittelständischen Unternehmen dazu, die eigene Energieversorgung zu sichern und Energiekosten zu kontrollieren. Vor allem in der chemischen Industrie hatte die Eigenversorgung schon immer eine hohe Bedeutung. Zugleich wurden innovative Versorgungs- und Verbundkonzepte entwickelt und zur Anwendung gebracht. Wir haben uns daher gemeinsam dafür eingesetzt, dass bestehende hoch effiziente KWK-Eigenstrom-Anlagen sowie neue Anlagen zur Umwandlung von erneuerbaren Energien im Rahmen des geltenden Beihilferechts auch über das Jahr 2017 hinaus von der EEG-Umlage befreit werden können.

Wettbewerbsvorteile durch starken Standort der Gesundheitsindustrie

Bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus dem Jahr 2013 wurde das Ziel, den Standort Deutschland für Forschung und Produktion der Pharmaindustrie zu stärken, formuliert. Die Zielsetzung des hierzu ressortübergreifend geführten zweijährigen Dialogs unter Beteiligung der Industrie sollte nun konsequent verfolgt werden. Wichtig sind hier auch Nachbesserungen im bestehenden Verfahren der Preisfindung bei innovativen Produkten (AMNOG) sowie die Vermeidung umfassender Markteingriffe (Preismoratorium). Insgesamt führt der Dialog zu einem besseren Verständnis der Belange der Gesprächspartner und sollte daher fortgesetzt werden. Da Investitionen, Arbeitsplätze und auch die Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln die Menschen und die Interessen der Länder ganz unmittelbar betreffen, ist es nur folgerichtig, dass die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Nordrhein-Westfalen bei einer Verstärkung des Dialogs nun beteiligt werden. Aufgrund der Stärke der Gesundheitsindustrie in Hessen, aber auch aufgrund der hohen Relevanz der Branche für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist eine stärkere Beteiligung der Wirtschaftsressorts auf Bundes- und Länderebene sehr zu befürworten. Gesundheitspolitik ist nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein industrie- und damit wirtschaftspolitisches Feld.

⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Forschungsvorhaben Makroökonomische Wirkungen und Verteilungsfragen der Energiewende (Stand: September 2015): <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/bruttobeschaeftigung-erneuerbare-energien-monitoring-report-2015,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (letzter Abruf: 09.09.2016).

Exkurs: Hessen als Standort einer neuen Gründerzeit in acht Punkten

- (1) Hessen ist ein wirtschaftsstarker Standort, der im nationalen und internationalen Vergleich durch seinen Branchenmix in der Kombination aus produzierendem Gewerbe und Industrie mit exzellentem Forschungsstandort sowie ausgeprägten Dienstleistungsunternehmen positiv auffällt.
- (2) Hessen ist mit der Finanzmetropole Frankfurt am Main und der dort angesiedelten Deutschen Börse ein wichtiger europäischer Standort der Financial Community.
- (3) Es ist auffallend, dass in- und ausländische Venture-Capital-Aktivitäten jedoch nicht in Hessen, sondern innerhalb Deutschlands – vor allem in Bayern und Berlin – stattfinden. Hessen gelingt es bislang nicht, die Stärken des Finanzplatzes für das Innovationsgeschehen zu verbinden. Hessen ist trotz der Stärken etwa in Chemie, Pharmazie und Biotech gerade nicht führend im Gründergeschehen, sondern bleibt regelmäßig hinter anderen Regionen wie Heidelberg, München und Berlin zurück.
- (4) Der Zugang zu Venture Capital und generell zu Finanzierungsthemen (Wachstumsfinanzierung, Börsenfinanzierung etc.) ist unterdurchschnittlich und nur mit hohen Schwierigkeiten zu realisieren.
- (5) Wir brauchen die Mobilisierung von inländischem Kapital, damit es vor Ort Wachstum und Beschäftigung finanziert, die Entwicklung von Innovationen vorantreibt, Arbeitsplätze vor Ort erhält und neue schafft.
- (6) Gerade Hessen hat im bundesweiten Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte Chancen, die es im Sinne der Finanzierung von Arbeit und Beschäftigung von morgen zu realisieren gilt. Denn heute entscheidet sich die künftige Entwicklung unserer heimischen Wirtschaft, heute werden Weichenstellungen vorgenommen oder mangels Finanzierung eben nicht getätigt. All dies hat Auswirkungen auf Beschäftigung und Wirtschaft der Zukunft. Dazu muss der dienende Charakter der Finanzwirtschaft wieder stärker in den Blick genommen werden. Modellhaft kann ein sogenannter Hessenfonds zur Requirierung von privatem Kapital zur Innovationsfinanzierung aufgelegt werden. Darüber hinaus ist der Finanzstandort Frankfurt am Main für die Etablierung eines Deutschlandfonds zur Finanzierung von Innovationen und Start-ups prädestiniert. Statt Kapital aus Hessen in undurchsichtigen Finanzkonstrukten weltweit anzulegen, muss es die Möglichkeit geben, Kapital aus Hessen in Hessen zu investieren, um hier Innovationen der heimischen Wirtschaft finanzieren und somit Arbeit und Wertschöpfung vor Ort generieren zu können. Wir haben in Hessen mehr als genug Ansätze für eine neue Gründerzeit zur Erneuerung der industriellen Strukturen. Wir wollen Hessen als Modellregion für die Reaktivierung eines Finanzökosystems, bestehend aus privaten Seed-/Groth-Finanzierungsinstrumenten sowie der Einwerbung von Beteiligungskapital für Hessen- und Deutschlandfonds.
- (7) Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich das Impulspapier der SPD-Bundestagsfraktion für ein echtes Wagniskapitalgesetz. Hier wollen wir mit eigenen hessischen Initiativen ansetzen und anknüpfen.
- (8) Der Branchenmix in Hessen, seine Forschungsstärke, die Infrastruktur, Internationalität und die Innovationskraft der Industrie sind sehr gut aufgestellt. Der Finanzplatz Frankfurt und die Börsenaufsicht unterliegen direkt der Kontrolle und Regulierung hessischer Behörden. Wenn eine neue Gründerzeit von gesellschaftlichem Nutzen, eine Sicherung und Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und Wohlstand in der Region geschaffen werden kann, dann hier! Hessen kann und muss Modellregion für die Industriestruktur von morgen werden.

Rahmenbedingungen für Bildung verbessern

Wissen hat sich zu einer entscheidenden Ressource der deutschen Wirtschaft entwickelt. Gerade am Hochlohnstandort Deutschland/Hessen erzielen Unternehmen Wettbewerbsvorteile mit Kompetenzen, Ideen und dem Know-how der eigenen Mitarbeiter. Deshalb liegt es im Interesse eines Unternehmens, Wissen zu erhalten und neues Wissen, z. B. in Form von Innovationen, zu generieren. Um die Innovationskraft der chemisch-pharmazeutischen Industrie strategisch zu sichern, muss entlang des gesamten Bildungswegs über alle Schulformen und Jahrgänge hinweg eine gute naturwissenschaftlich-technische Basisausbildung gewährleistet werden. Angebotsseitig sind folgende Punkte von entscheidender Bedeutung:

- Einführung eines flächendeckende Angebots an Ganztagschulen
- Ausbau der regionalen Schülerlabore in Hessen als außerschulische Lernorte
- Ausbau der Kooperation mit Unternehmen als Vorbereitung auf die Berufswelt für Schüler und als Informationstool für Lehrer
- Einführung eines Pflichtmoduls „Naturwissenschaften und Technik“ in der Ausbildung von Lehrern für die Primarstufe
- Ausbau eines besseren und vermehrten Praxisbezugs der Lehrerfortbildung im naturwissenschaftlich-technischen Fächerfeld sowie verpflichtende regelmäßige Fortbildungen
- „Berufsorientierung und Verbraucherbildung“ als eigenes Unterrichtsfach (ehemals Arbeitslehre an H-R-Schulen, neu an Gymnasien), um als Ankerfach u. a. die ökonomische Bildung zu stärken

Gleichzeitig ist die gezielte Nutzung von Betreuungs- und Bildungsangeboten, die den spezifischen Zugang zu naturwissenschaftlichen Fächern stärken, proaktiv zu begleiten. Weitergehend ist die Kooperation mit Dritten bzw. die Teilnahme an Wettbewerben wie Jugend forscht oder das Erfinderlabor des Zentrums für Chemie wünschenswert. Für den weiteren Bildungsweg ist eine fundierte Berufs- und Studienorientierung zentral. Ebenso ist die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu stärken.

Innovationsfreundliche Wissenschaftspolitik

Wichtig ist der Erhalt der Forschungsorientierung der Hochschulen auch mit Blick auf die Qualitätssicherung der Studienangebote in den MINT⁸-Fächern und die Einbeziehung von spezifischen Problemstellungen in der Forschung. Im Rahmen der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung ist ein ausreichendes Angebot finanziell auskömmlich ausgestalteter Qualifizierungswege für hoch qualifizierte promovierte Nachwuchswissenschaftler, die den Beruf des Hochschullehrers anstreben, sicherzustellen. Gleiches gilt für die familienfreundliche Gestaltung der Karrierewege an den Hochschulen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Mittelstand der Industrie benötigt klare und konstante Rahmenbedingungen insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der Forschungsförderung. Wichtig hierbei ist, dass Forschungsk Kooperationen unbürokratischer und einfacher werden, Förderansätze müssen insgesamt angehoben werden. In diesem Zusammenhang ist eine nach Unternehmensgröße gestaffelte Förderung einzuführen, in der kleineren Unternehmen eine größere Förderung zukommt. Forschungsförderungen wie z. B. LOEWE⁹ müssen daher

8 MINT-Fächer: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

9 LOEWE: Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz.

weiterhin ihr Augenmerk auch auf kleine Unternehmen richten. Generell bedarf es eines neutralen und anonymen Verfahrens bei der Einreichung von Skizzen, sodass ein Antrags- oder Forschungs- bzw. Innovationsdiebstahl – auch bei Patenten – verhindert wird.

Für technologiefokussierte mittelständische Unternehmen (500 bis 2.500 Mitarbeiter) sollten spezifische Förderprogramme mit stärkerem Anwendungsbezug aufgelegt werden.

Zur Förderung des Mittelstandes müssen zudem regionale Netzwerke und die Kooperationen mit regional wirkenden Wissensträgern wie Fachhochschulen gestärkt werden. Für KMU sind Forschungsförderung und Förderung des Nachwuchses auf akademischer Ebene und auf Ebene der dualen Berufsausbildung nicht zu trennen und sollten gemeinsam verstärkt adressiert werden.

Der Bereich „Forschendes Lernen“ sollte in Unternehmen verankert werden, sodass potenzielle Mitarbeiter für Unternehmensbedürfnisse sensibilisiert werden. In diesem Zusammenhang muss der Wissensaustausch und -transfer von Forschung in Praxis und von Praxis in Forschung intensiviert sowie der interdisziplinäre Austausch gefördert werden. Dabei kommt validierten, kompetenz- und praxisorientierten Wissenstransferstrategien, die Transformationsprozesse sowohl in Bildungseinrichtungen als auch in Unternehmen ermöglichen, eine besondere Bedeutung zu.

Mit Blick auf den erfolgreichen Start in das Berufsleben sollten die Übergänge von Ausbildung und Studium in die Berufstätigkeit daher in Kooperation mit Unternehmen gestaltet werden.

Zur Sicherung einer innovationsfördernden Infrastruktur muss die Finanzierung der Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die effiziente Verwendung dieser Mittel gewährleistet werden. Dies beinhaltet eine angemessene Personalausstattung sowie stetige Qualifizierung des Ausbildungspersonals. Auf den Abbau und die Vermeidung von Regulierungen, die Forschung und Innovationen hemmen, muss aktiv hingearbeitet werden.

Kommunikation vertrauensvoll gestalten

Das Vertrauen der Bevölkerung in neue Technologien ist in der Vergangenheit zunehmend geschwunden. Gleichzeitig ist auch ein zunehmendes Misstrauen gegenüber Regierung, Verwaltungsverfahren (Genehmigungen) und in die staatliche Überwachung von Anlagen und z. B. Lebensmitteln zu beobachten. Diese Wahrnehmung wird durch eine Studie der Agentur Edelman bestätigt, die seit 15 Jahren das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, Regierungen, NGOs, Medien, Unternehmen und Produkte sowie Technologien in verschiedenen Staaten untersucht.¹⁰ Eine wichtige Aussage des Barometers aus 2015 zum Schwerpunktthema Innovation lautet:

„In Deutschland sagen 57 Prozent der Befragten, die Geschwindigkeit, mit der neue Geschäftsideen entwickelt werden und sich Produktwelten verändern, sei zu hoch.“

¹⁰ Vgl. Edelman Trust Barometer 2015: <http://www.edelman.de/de/studien/articles/trustbarometer2015> (letzter Abruf: 12.08.2016).

Für das Edelman Trust Barometer 2015 wurden in 27 Ländern jeweils 1.000 Personen aus der allgemeinen Bevölkerung sowie 200 weitere (USA und China: 500) Meinungsführer im Alter von 25 bis 64 Jahren befragt. Alle Meinungsführer erfüllten folgende Kriterien: Sie besitzen einen Hochschulabschluss, das jährliche Haushaltseinkommen befindet sich im oberen Viertel ihres Landes bezogen auf ihr Alter, sie lesen oder sehen mehrmals wöchentlich Wirtschafts-/Nachrichtenmedien und verfolgen mehrmals wöchentlich Fragen der öffentlichen Politik.

Für Unternehmen bedeutet dies einen ständigen Balanceakt. Sie müssen innovativ bleiben, um die eigene wirtschaftliche Zukunft sichern, müssen aber gleichzeitig Innovationen ausreichend erklären, um die Gesellschaft hierbei nicht abzuhängen. Um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, sind langfristige Kommunikationsstrategien zur Schaffung von Transparenz und technologischem Verständnis nötig.

Gerade die Entwicklung bei der Biotechnologie in Deutschland kann als markantes Beispiel genannt werden. Die Kritik an der Gentechnik hatte in der Öffentlichkeit bereits mit der Warnung vor „hohen Risiken durch Genmanipulationen“ für eine schnelle Verhärtung der Auseinandersetzung in der Gesellschaft gesorgt, bevor eine Debatte auf der Grundlage von wissenschaftlichen Untersuchungen in den unterschiedlichen Feldern geführt werden konnte. Unzureichende Grundlagen, fehlende Erkenntnisse der Technologiefolgenabschätzung und Debatten waren ursächlich für diese Situation. Dieser Zustand hält teilweise bis heute trotz aller Bemühungen zur Aufklärung und technologischer Weiterentwicklungen außerhalb der Fachdebatte an. Paradebeispiel für eine Veränderung ist die inzwischen erfolgte Akzeptanz biotechnologischer Verfahren in der Medizintechnik. Während die erste biotechnologische Produktionsstätte für Insulin anfangs umstritten war, ist sie inzwischen fester Bestandteil der pharmazeutischen Industrie.

Die gesellschaftliche Diskussion über Transparenz im unternehmerischen Handeln muss differenziert geführt werden. Aus Sicht der forschenden Unternehmen wird keine breite Information der Öffentlichkeit gewünscht, solange die Forschungsergebnisse nicht durch Patente gesichert sind. Datenschutz vor Industriespionage muss hier gewährleistet sein. Auch in der chemischen Industrie kann und darf über neue Entwicklungen beziehungsweise neue Chemikalien erst berichtet werden, wenn Herstellung, Anwendungen sowie Nutzen und Risiken geklärt sind und Patente erteilt wurden. Aus diesem Grund sind Chemikalien im Bereich der Forschung sowie Arzneimittel auch von der EU-REACH-Verordnung ausgenommen.

Es bedarf also einer Kommunikationsstrategie, die in der Öffentlichkeit Vertrauen bildet, ohne Details der technologischen Entwicklung preiszugeben. Ein Beispiel hierfür ist die derzeitige Entwicklung in der Automobilindustrie zum autonomen Fahren. Die Öffentlichkeit wird über die Fortschritte in der Entwicklung unterrichtet und so auf die übernächste Fahrzeuggeneration eingestimmt.

Politiker haben hier auch eine Verantwortung, durch sachgerechte Auseinandersetzung mit neuen Technologien das Vertrauen in der Bevölkerung zu stärken. Sorgen und Ängste von Bürgern müssen gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Wissenschaftlern diskutiert und sachgerecht neutral kommuniziert werden. Wer Feindbilder und Verschwörungstheorien von industriefeindlich gestimmten Gruppen propagiert, ohne wissenschaftliche Erkenntnisse einzubeziehen, zerstört zunehmend das Vertrauen in technologische Entwicklungen und somit in die Innovationsfähigkeit der Industrie. Notwendig ist ein kontinuierlicher, fairer Austausch mit allen gesellschaftlichen Akteuren, damit nutzbringende Innovationen entstehen und allen Menschen zugutekommen. Es muss deutlich werden, dass die Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung der gesamten Menschheit nur durch neue (technische) Innovationen gemeistert werden können (Energieeffizienz, Entkarbonisierung, Ernährung etc.). Politik und Unternehmen setzen sich in der Kommunikation dafür ein, dass das Vertrauen in die Chancen neuer Entwicklungen anstelle von Ängsten vor Risiken tritt.

Politik kann dieser Verantwortung aber nur gerecht werden, wenn sie frühzeitig von den Unternehmen eingebunden und über Fehlentwicklung rechtzeitig informiert wird. Letztendlich muss klar sein, dass die Politik in unserer Gesellschaft die Aufgabe hat, die Bevölkerung vor Fehlentwicklungen, Schäden etc. zu schützen.

Handlungsempfehlungen

Was müssen Wirtschaft, Politik und Medien unternehmen, damit weite Teile der Bevölkerung ihre Zweifel, Ängste und Skepsis gegenüber Innovationen abbauen?

Die Verantwortung für einen sensiblen Umgang mit Informationen kommt den Medien, der Wirtschaft und der Politik zu. Hier sind alle Akteure gefragt, sich entsprechend umsichtig zu verhalten, um eine Aufregungskultur, die verunsichert, nicht zu stärken, sondern eher zu schwächen.

Eine Studie von IW Consult und Santiago für den Verband der Chemischen Industrie¹¹ hat Handlungsfelder für wirtschaftliche und politische Akteure entwickelt, damit eine Kultur des Vertrauens geschaffen werden kann, die Einführung neuer Technologien frühzeitig unternehmensübergreifend und strategisch koordiniert sowie die branchenübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden.¹² Die ersten beiden Punkte sind für Wirtschaft und Politik von besonderer Bedeutung und sollten gemeinsam umgesetzt werden.

Für eine Kultur des Vertrauens

Chemie und Pharma müssen noch stärker als Löser von Zukunftsproblemen positioniert werden. Hierzu ist die Relevanz von Chemie für die Gesellschaft hervorzuheben. Eine stärkere emotionale Verknüpfung der Industrie und ihrer Produkte in der Kommunikation ist zu schaffen. Sinnvoll ist darüber hinaus die stärkere Positionierung von Persönlichkeiten in der öffentlichen Wahrnehmung, die glaubwürdig die Standpunkte der Industrie vertreten können. Hiermit geht ein stärkeres Engagement der Unternehmer, auch aus dem Mittelstand, in der Sache und in der Kommunikation einher. Gleichzeitig ist die Bevölkerung aktiv am Dialog über Zukunftsfragen zu beteiligen, um das gesellschaftliche Interesse an neuen Technologien und innovativen Produkten zu erhöhen. Der kontinuierliche und technologieoffene Dialog mit der Gesellschaft muss gesucht werden. Dabei darf Debatten über Risiken von Innovationen nicht aus dem Weg gegangen werden, um die Transparenz nachhaltig aufrechtzuerhalten.¹³

Der Politik kommt hier die Aufgabe zu, die Aktivitäten der Unternehmen zur Schaffung einer Kultur des Vertrauens zu unterstützen. Auch die Politik muss die Bedeutung der Pharma- und Chemiebranche für den wirtschaftlichen Erfolg betonen und sich einer kritischen Diskussion um Vor- und Nachteile von Innovationen stellen. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag versteht sich bereits als Unterstützer der Unternehmen der Pharma- und Chemiebranche und wird dies weiterhin sein und dafür werben.

Strategische Koordination der Einführung neuer Technologien

Neue Technologien müssen frühzeitig unternehmensübergreifend und strategisch koordiniert werden. Dabei sollte keine Einführung neuer Technologien ohne ganzheitliches Kommunikations- und Nutzenkonzept und strategisches Vorabmanagement aller involvierten Akteure erfolgen (analog zu Bürgerbeteiligungskonzepten bei Infrastrukturvorhaben). Eine aktive, intensive und frühe Kommunikation und Diskussion in der Gesellschaft durch Unternehmen und Verbände sind erstrebenswert. Dabei sollten Unternehmen und Verbände sowie politische Kreise gezielt über die Chancen und Risiken von Innovationen informieren. Die Einbindung von akademischen Institutionen und Wissenschaftlern in die öffentliche Diskussion sollte gefördert werden.

11 Attar, Samy et al. (2015): Innovationen den Weg ebnen. Eine Studie von IW Consult und SANTIAGO für den Verband der Chemischen Industrie.

12 Vgl. Attar, Samy et al. (2015): Innovationen den Weg ebnen. Eine Studie von IW Consult und SANTIAGO für den Verband der Chemischen Industrie, S. 67 ff.

13 Vgl. ebenda S. 68.

Seitens der Politik ist die frühzeitige Einrichtung von „runden Tischen“ zur Weiterentwicklung neuer Technologien und Verfahren zielführend (Positivbeispiel: Nano-Dialog der Bundesregierung seit 2006 bis heute). Über die Möglichkeit, einen Chief Scientific Advisor der Bundesregierung und anerkannte Institutionen, welche öffentlich und sachorientiert über Innovationen und Forschungsergebnisse diskutieren können, im Sinne eines parlamentarischen Innovationsbeirats zu etablieren, sollte weiter diskutiert werden.¹⁴

Die Maßnahmen, die primär von den Unternehmen umgesetzt werden sollten, müssen von den politischen Akteuren unterstützt werden. Die offene und kritische Diskussion ist von besonderer Bedeutung. Ob ein Chief Scientific Advisor bei der Landesregierung eingerichtet werden sollte, müsste mit der Industrie diskutiert werden. Zudem ist die Einrichtung eines parlamentarischen Innovationsbeirats im Hessischen Landtag ein Vorschlag, der weiter ausgearbeitet werden müsste. Hessen hat aus der Vergangenheit Erfahrung mit der Einrichtung eines Biotechnologiebeauftragten.

14 Vgl. Attar, Samy et al. (2015): Innovationen den Weg ebnen. Eine Studie von IW Consult und SANTIAGO für den Verband der Chemischen Industrie, S. 68.

QUELLENVERZEICHNIS

Attar, Samy et al. (2015): Innovationen den Weg ebnen. Eine Studie von IW Consult und SANTIAGO für den Verband der Chemischen Industrie.

ONLINEQUELLEN

Bauer, Claus; Petkova, Gergana (2016): Branchenprofil Chemische und Pharmazeutische Industrie in Hessen, Hrsg. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, online unter: https://www.invest-in-hessen.de/mm/Chemie_Pharma_Industrie_904.pdf (letzter Abruf: 12.08.2016).

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Forschungsvorhaben Makroökonomische Wirkungen und Verteilungsfragen der Energiewende: Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien in Deutschland und verringerte fossile Brennstoffimporte durch erneuerbare Energien und Energieeffizienz-Zulieferung für den Monitoringbericht 2015 (Stand: September 2015): <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/bruttobeschaeftigung-erneuerbare-energien-monitoring-report-2015,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Edelman Trust Barometer 2015: <http://www.edelman.de/de/studien/articles/trustbarometer2015> (letzter Abruf: 12.08.2016).

Hessisches Statistisches Landesamt

OECD, National accounts at a glance (2014), online unter: <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=NAAG> (letzter Abruf: 12.08.2016).

Statistisches Bundesamt

VCI-Homepage: <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/chemiewirtschaft-in-zahlen-print.pdf> (letzter Abruf: 12.08.2016).

VCI-Homepage: <https://www.vci.de/die-branche/mittelstand/listenseite.jsp> (letzter Abruf: 12.08.2016).

IMPRESSUM

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Telefon: +49 (0)611 350-519

Telefax: +49 (0)611 350-511

Internet: www.spd-fraktion-hessen.de

Verband der Chemischen Industrie e. V.

Landesverband Hessen
Mainzer Landstr. 55
60329 Frankfurt

Telefon: +49 (0)69-2556-1021

Telefax: +49 (0)69-2556-1619

Internet: www.vci.de/hessen

1. Auflage, Januar 2017



VCI
HESSEN

GEMEINSAM FÜR EINE INNOVATIVE ZUKUNFT